Vergütungsvereinbarung

zwischen der Kanzlei Gosmann und Kollegen

- des weiteren: Kanzlei -

und

Name, Vorname

- des Weiteren: Mandant -

Im Rahmen der Beauftragung der Kanzlei in Sachen

wird vereinbart:

1. Die Vergütung für die anwaltliche Tätigkeit wird nach den Vergütungsvorschriften des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes (RVG) berechnet. In zivil- und verwaltungsrechtlichen Angelegenheiten wird daher weder ein Beitragsrahmen- noch Festgebühren der anwaltlichen Vergütungsberechnung zugrunde gelegt; die Gebühren sind vielmehr nach dem Gegenstandswert zu berechnen (Belehrung nach § 49 b Abs. 5 BRAO).

2. a) Der Mandant ist verpflichtet, sowohl einen angemessenen Vorschuss als auch die vollständige Vergütung an die Kanzlei zu bezahlen. Dies gilt auch, wenn Kostenerstattungsansprüche gegen Rechtsschutzversicherungen, Gegenseite oder Dritte bestehen.

b) Der Mandant tritt sämtliche Ansprüche auf Kostenerstattung gegen die Gegenseite, Rechtsschutzversicherungen oder sonstige Dritte in Höhe der Honorarforderung der Kanzlei an diese ab (Abtretungserklärung nach § 43 RVG). Die Kanzlei wird ermächtigt, im Namen des Mandanten diese Abtretung bekannt zumachen.

c) Die Kanzlei darf eingehende Zahlungen im Rahmen der allgemeinen Gesetze zunächst auf offene Honorarforderungen, auch in anderen Angelegenheiten – soweit rechtlich zulässig-, verrechnen.

3. a) Ergänzend wird vereinbart, dass der Mandant der Kanzlei diejenigen Auslagen erstattet, die im Rahmen der Abfrage juristischer Datenbanken oder sonstige Online-Auskünfte (EMA, Anschriftenprüfung) anfallen und zur Bearbeitung des Auftrags sinnvoll und geboten erscheinen. Insbesondere umfasst die Vereinbarung die Erstattung der Kosten, die der Kanzlei auf Grund der Recherchen in der juristischen Datenbank „JURIS“ entstehen.

b) Alle Auslagen, wie Mehrwertsteuer, Reisekosten, Tagegelder, Abwesenheitsgelder, Schreibauslagen und dergleichen werden gesondert unabhängig von der gesetzlichen Verpflichtung erstattet. Fotokopierkosten hat der Mandant der Kanzlei unabhängig von der gesetzlichen Verpflichtung zu bezahlen, wenn a) Behörden-/Gerichtsakten vollständig kopiert werden, b) zur Unterrichtung des Mandanten Aktenauszüge kopiert und diesem zur Verfügung gestellt werden, c) Kopien angefertigt werden, mittels derer der Hauptbevollmächtigte den

Unterbevollmächtigten unterrichtet, d) Kopien von Anlagen für Schriftsätze für das Gericht und/oder andere Verfahrensbeteiligte angefertigt werden und e) sonstige auf Veranlassung des Mandanten angefertigt werden.

c) Der Mandant ist darüber aufgeklärt worden, dass die Tätigkeit zur Einholung der Deckungszugsage einer eventuelle bestehenden Rechtsschutzversicherung eine eigene Tätigkeit des Geschäftsbesorgungsvertrages darstellt und dem Grunde nach gesondert abzurechnen ist. Eine separate Berechnung behält sich die Kanzlei vor.

d) Dem Mandant ist bekannt, dass diese Vereinbarung eine Erweiterung der der Kanzlei zustehenden Regelgebühren darstellt. Ihm ist ferner bekannt, dass auch im Falle des Obsiegens vor Gericht eine mögliche Erstattungs-fähigkeit sich nur auf die gesetzlichen und ggf. vom Gericht festgesetzten Gebühren bezieht.

4. Im Urteilsverfahren vor den Arbeitsgerichten des ersten Rechtszuges besteht kein Anspruch der obsiegenden Partei auf Entschädigung wegen Zeitversäumnis und auf Erstattung der Kosten für die Hinzuziehung eines Prozessbevollmächtigten oder Beistandes. Diese Belehrung gem. § 12 a Arbeitsgerichtsgesetz wurde dem Mandanten im Rahmen der Beauftragung von arbeitsrechtlichen Angelegenheiten umfassend erläutert.

5. Der Mandant ist ausdrücklich damit einverstanden, dass seine personenbezogenen Daten zur Bearbeitung des Mandates erfasst und gespeichert werden.

6. Die Kanzlei hat über die Möglichkeit und die Voraussetzungen der Beantragung von Prozesskostenhilfe bzw. Beratungshilfe den Mandanten informiert. Für den Fall, dass Prozesskostenhilfe oder Beratungshilfe beantragt werden soll, hat der Mandant die schriftliche Belehrung über die Folgen der Bewilligung von Prozesskostenhilfe (bzw. Verfahrenskostenhilfe in Familiensachen) erhalten, was hiermit bestätigt wird.

7. Für Streitigkeiten aus dem Mandatsverhältnis wird gem. § 29 ZPO der Sitz der Kanzlei in Bergneustadt als Gerichtsstand - soweit rechtlich zulässig - vereinbart.

Der Mandant hat ein Doppel dieser Vereinbarung erhalten.

Bergneustadt/Drolshagen, den _____

Mandant	Kanzlei Gosmann & Kollegen
---------	----------------------------